

VfEW

Forderungen an die Politik

[19.09.2013] Der baden-württembergische Versorgerverband VfEW fordert eine grundlegende Reformierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes und die Begrenzung der Gesamtkosten beim Ausbau der erneuerbaren Energien.

Wenige Tage vor der Bundestagswahl hat der Verband für Energie- und Wasserwirtschaft (VfEW), der für rund 230 Energie- und Wasserversorgungsunternehmen in Baden-Württemberg spricht, konkrete Forderungen an die Energiepolitik gestellt. Eine grundlegende Reformierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes und die Begrenzung der Gesamtkosten beim Ausbau der erneuerbaren Energien sind die Kernpunkte dieser Forderungen. Zudem sei dringend ein neues Marktmodell zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit erforderlich. Verbandspräsident Rudolf Kastner sagte: „Die Energiewende muss bezahlbar bleiben. Sie soll den Industriestandort Deutschland nicht überfordern, sondern ein Umfeld erhalten, in dem Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben können.“ Für eine zügige Umsetzung der Energiewende empfiehlt der Verband eine bessere Koordination zwischen Bund und Ländern sowie ein weitsichtigeres Projekt-Management. „Besonders dringlich ist unserer Ansicht nach eine neue Regulierungspolitik für den notwendigen Aus- und Umbau der Netzinfrastruktur, insbesondere im Verteilnetzbereich“, so Kastner. Der Verband fordert deshalb die kurzfristige Anerkennung von Investitionen in die Nieder- und Mittelspannungsebenen und in Smart-Grid-Infrastrukturen. Darüber hinaus appellierte Kastner an einen stärkeren Fokus auf den Wärmemarkt, in dem besonderes CO₂-Minderungs- und Energieeinsparpotenzial läge.

(al)

Stichwörter: Politik, Rudolf Kastner, VfEW